

Mitwoch den 21. Mai 1924

Bewilligungen für den Strassenhandel werden nicht erteilt! Die grosse Zahl der Ansuchen um Bewilligung von Plätzen für den Strassenhandel hat den Magistrat bereits im vergangenen Jahre veranlasst, ausnahmslos alle Gesuche abzulehnen, da bei dem grossen Umfang der schon erteilten Platzbewilligungen ein wirklicher Bedarf nicht mehr vorhanden war. Auch in diesem Jahre hat sich wieder ein wahrer Ansturm von Ansuchen um solche Platzbewilligungen gezeigt. Der Magistrat ist aber nicht in der Lage auch nur soviel geeignete Plätze ausfindig zu machen, um die Ansprüche nur teilweise zu befriedigen, wozu noch kommt, dass in den meisten Fällen gar kein Bedürfnis nach solchen Strassenhändlern besteht. Es hat daher der Gemeinderatsausschuss für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, dass Ansuchen von Strassenhändlern um Platzbewilligungen bis einschliesslich 31. Dezember 1924 ausnahmslos ohne weiteres Verfahren abzulehnen sind. Es ist also zwecklos, wenn solche Ansuchen eingebracht werden.

--- --

Ausgestaltung des Römischen Museums der Stadt Wien. In den letzten Jahren wurde das Römische Museum der Stadt Wien in der Rainergasse stark vergrössert. Es umfasst jetzt zehn grosse Ausstellungsräume mit 31 Schaukasten, zwei grosse Depots und dreissig Depotkasten mit 260 Laden. Die vorher meist noch im Erststadium der ursprünglichen Fundübernahme befindlichen Musealgegenstände wurden geordnet und durch vierzehn Inschriftsteine und Kleinfunde aus den Bundessammlungen vermehrt. Erwähnt zu werden verdient, dass sich sechs Lehrpersonen freiwillig der Ueberwachung der Funde in den einzelnen Bezirken widmen, wodurch der Ausbau des Museums besonders gefördert wird. Um nun das aus den Wiener Funden allein nicht zu gewinnende grössere Bild vorrömischer und römischer Kultur in unseren Gegenden abzurunden, wozu Nachbildungen, Abgüsse und illustratives Anschauungsmaterial notwendig sind und um alle Fundstücke durchgreifend zu restaurieren und zu konservieren, hat der Stadtsenat am Dienstag einen Betrag von 35 Millionen Kronen bewilligt.

--- --

Der Tätigkeitsbericht des Wiener Wohnungsamtes über das Jahr 1923. Das Wiener Wohnungsamt veröffentlicht in einer Brochüre einen Bericht über seine Tätigkeit im abgelaufenen Jahre. Die Schrift bietet nicht bloss deshalb grosses Interesse, weil sie einen Einblick in das vielfach falsch beurteilte und missverstandene Wirken dieses wichtigen Amtes gewährt, sondern weil sie auch einen Ueberblick über die Einteilung des Amtes selber und die Prinzipien, die seinen Bemühungen zu Grunde liegen, gibt. Und deshalb allen, die mit Wohnungsangelegenheiten zu tun haben, ein wertvoller Führer ist.

Der Personalstand des Wohnungsamtes ist relativ gering. Die Zahl der ihm zugeteilten Angestellten betrug am Ende des abgelaufenen Jahres 137, wozu noch 50 Angestellte der magistratischen Bezirksämter zu rechnen sind, München, das weitaus weniger als die Hälfte der Einwohner hat, die Wien besitzt, beschäftigt in seinem Wohnungsamt gegen 250 Angestellte. Wenn man bedenkt, dass die Gesamtzahl des Einlaufes im abgelaufenen Jahre 82.058 Stücke beträgt und gegen das vorgangene Jahr ^{einen Zuwachs} um mehr als 20.000 Geschäftsstücke erfahren hat, so erkennt man wie wenig berechtigt manche Klagen über eine den Wünschen nicht entsprechende rasche Behandlung aller Fälle sind.

Die Organisation der Wohnungsvorvermerkung und die Punktbewertung haben sich durchaus bewährt. Zu Beginn des Berichtsjahres waren 42.642 Wohnungswerber vorgemerkt, von denen 17.109 in ^{die} erste Klasse, der mit zehn Punkten Bevorzugten eingereiht waren. Am Schlusse des Berichtsjahres waren 64.069 Wohnungswerber vorgemerkt, davon 31.368 in der Klasse I. Im Laufe des Jahres sind 4695 bevorzugte Wohnungswerber in Abfall gekommen, zumeist, weil ihnen eine Wohnung beschafft wurde. Was die Notstandsfälle

betrifft, das sind die Fälle solcher bevorzugter Wohnungswerber, die infolge bauämtlich oder sanitätsämtlich festgestellte Unwohnbarkeit der Wohnung wohnungsgelos geworden sind und deshalb ausser der Reihe berücksichtigt werden müssen, so gab es ihrer zu Beginn des Jahres 896, am Schlusse 763, der Abfall betrug, wenn man auch den im Laufe des Jahres erfolgten Zuwachs ins Auge fasst, 1909 Fälle, der auch hier zum allergrössten Teil durch Beschaffung von Wohnungen bewirkt wurde.

Die näheren statistischen Ausführungen des Berichtes über die Begründungen von Wohnungsansuchen, über die Grösse der verlangten Wohnungen, über die Berufe der Wohnungssuchenden und ihren vorläufigen Unterkunft bieten sehr interessante Einblicke in sozialer Hinsicht.

Der Tauschverkehr von Wohnungen durch Vermittlung und unter Förderung des Wohnungsamtes hat sich im abgelaufenen Jahre ausserordentlich erweitert, was schon durch den zunehmenden Abnehmerkreis des amtlichen Tauschanzeigers Ausdruck findet. Im Berichtsjahre wurden 10.391 Fälle, in denen ein Wohnungstausch verlangt wurde, genehmigt, um 3074 Fälle mehr als im vergangenen Jahre.

Der nach Aufhebung der Wiener Wohnungserforderungsverordnung durch den Verfassungsgerichtshof eine neue Richtung erhalten. Nur mit Aufwendung aller Energie und aller Kräfte konnte ein Zusammenbruch des Wiener Wohnungswesens vermieden werden. Die statistischen Ziffern zeigen am besten, wie sehr das Anfängerrecht seit dem Bestehen des neuen Gesetzes gelitten hat.

Während im Jahre 1922 75% der individuellen Anforderungen rechtskräftig wurden, erhielten im Jahre 1923 nur 68% Rechtskraft. Die Judikatur der Mietkommissionen erweist sich im Allgemeinen den von einer Anforderung betroffenen Parteien günstiger als den wohnungssuchenden Parteien. Noch ein Beispiel für die Verschlechterung der Verhältnisse durch das neue Anforderungsgesetz: Im Jahre 1923 waren auf Grund des damaligen Anforderungsgesetzes wegen „Ueberlassung der Wohnung an andere Personen gegen unverhältnismässig hohe Gegenleistung und nachweisbar beabsichtigte Aufgabe und Untervermietung der Wohnung“ 4017 Wohnungen angefordert worden, im Jahre 1923 musste die Anforderung aus diesen Gründen auf 1041 herabsinken, es wurden den Wohnungssuchenden 3000 Wohnungen, auf die sie Anspruch haben konnten, entzogen.

In Ganzen sind im abgelaufenen Jahre 6213 Wohnungen durch das Wohnungsamt zugewiesen worden, davon 1533 an Wohnungswerber mit der Qualifikation I und an 1223 Notstandsfälle.

Aber das wirksamste Mittel zur Milderung der Wohnungsnot ist und bleibt die Produktion neuer Wohnungen. Das Wohnungsamt hat sich bemüht, trotz allen bisherigen entmutigenden Erfahrungen, die private Bautätigkeit zu fördern, so wurde Untenehmungen die Zusicherung gemacht, dass sie bei Neubauten für ihre Angestellten auch über jene der Anforderung unterliegenden Wohnungen verfügen könnten, die durch die Uebersiedlung der Angestellten in die Neubauwohnungen frei würden. Das einzige erfolgreiche Mittel ist aber doch nur das grosszügige Bauprogramm der Gemeinde. Es gelang der Gemeinde, in diesem Jahre 3817 Wohnungen sicherzustellen und zwar 2310 Wohnungen in Neubauten, 71 durch Adaptierung städtischer Häuser, 975 Siedlungsbauten, 193 in ehemaligen Kasernen (Arsenal, Kagran) 288 in Baracken. Mit den 93 Wohnungen, die durch Adaptierung angeforderter Räume in Privathäusern beschafft wurden wurden also 3910 Wohnungen neu für die Bevölkerung gewonnen, von denen 1800 bereits besiedelt sind und die übrigen in den ersten Monaten des Jahres 1924 fertiggestellt werden.

--- --